

## Norddeutscher Reichstag.

46. Sitzung vom 16. Mai.

(Schluß.)

Es wird hierauf die zweite Beratung über den Gesetzentwurf, betreffend den Unterstützungs- und Wohnstättenfortschritt. Die Beratung beginnt mit dem §. 11, welcher nach den Beschlüssen der Kommission folgendermaßen lautet: „Die dreijährige (Zwölfjährige) Frist läuft von dem Tage, an welchem der Aufenthalt begonnen ist. Wo für ländliches oder städtisches Gesinde, Arbeitsleute, Wirtschaftsbeamte, Pächter oder andere Miethsleute der Wechsel des Wohnortes zu bestimmten, durch Gesetz oder ordentliches Verkommen festgesetzten Terminen stattfindet, giebt der übliche Umzugstermin als Anfang des Aufenthaltes, sofern nicht zwischen diesem Termine und dem Tage, an welchem der Aufenthalt wirklich beginnt, ein mehr als sechsentägiger Zeitraum gelegen hat.“

Ueber die Bestimmung, von welchem Tage ab die zweijährige Frist beginnen soll, entspringt sich eine längere Debatte, die schließlich zur Annahme folgenden Amendements des Abg. Grumbrecht führt: „Durch den Eintritt in eine Kranken-, Bewahrs- oder Heilanstalt wird jedoch der Aufenthalt nicht erworben.“ Im Uebrigen findet der Paragraph unveränderte Annahme. §§. 12 und 13 werden nach dem Vorschlage der Kommission ebenfalls genehmigt.

§. 14 bestimmt, daß der Lauf der zweijährigen Frist während der Dauer der von einem Armenverbande gewährten öffentlichen Unterstützung ruhen soll.

Der Bundeskommissar Geh. Rath v. Puttkammer und Abg. Graf Eulenburg empfehlen dem Hause die Herstellung der Regierungsvorlage, nach welcher die zweijährige Frist unterbrochen werden soll, wenn von einem Armenverbande ein Antrag auf Anerkennung der Verpflichtung zur Uebernahme eines Hilfsbedürftigen gestellt wird, und ein anderer Verband zur Uebernahme des Hilfsbedürftigen verpflichtet ist, während Abg. Miquel und der Referent Abg. Friedenthal die unveränderte Annahme des Kommissionsvorschlages befürworten.

Bei der Abstimmung schließt sich das Haus folgendem inwischen gestellten Vermittelungsvorschlage an: „Der Aufenthalt wird unterbrochen, durch den von einem Armenverbande auf Grund der Bestimmung des §. 5 des Gesetzes über die Freiwilligkeit gestellten Antrages auf Anerkennung der Verpflichtung zur Uebernahme eines Hilfsbedürftigen. Die Unterbrechung erfolgt mit dem Tage, an welchem der also gestellte Antrag an den betreffenden Armenverband oder die vorgesetzte Behörde eines der beteiligten Armenverbände abgesendet worden ist. Die Unterbrechung gilt aber als nicht erfolgt, wenn der Antrag nicht innerhalb zweier Monate weiter verfolgt und wenn derselbe in demselben erfolglos blieb.“ Damit ist §. 14 des Kommissionsvorschlages erledigt.

§§. 15—20 werden ohne Debatte genehmigt.

§. 21 lautet: „Der Verlust des Unterstützungs-Wohnstättens tritt ein durch 1) Erwerb eines anderweitigen Unterstützungs-Wohnstättens; 2) dreijährige ununterbrochene Abwesenheit nach zurückgelegtem 24. Lebensjahre.“ Derselbe wird ebenfalls unverändert angenommen und das Haus erledigt die Bestimmungen über den Verlust des Unterstützungs-Wohnstättens ganz nach den für den Erwerb des Lehrlers adoptierten Grundätzen.

(§. 22—26.) §§. 27—32 beziehen sich auf die Pflichten und Rechte der Armenverbände. §. 27 findet ohne weitere Debatte unveränderte Annahme, §. 28, welcher die Bestimmung enthält, daß im Gesinde dienende Personen, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge an dem Orte ihres Dienstverhältnisses erkrankend, der Orts-Armenverband des Dienst-Ortes die erforderliche Kur und Verpflegung gewähren muß und nur dann einen Anspruch auf Erstattung derselben erheben kann, wenn die Krankenpflege länger als sechs Wochen dauert, giebt zu einer längeren Debatte Veranlassung.

Abg. Miquel bekämpft denselben, da er von dem Grundsatze der gleichmäßigen Verteilung der Lasten abweicht und die größeren Lasten auf die Schultern der größeren Städte legt. Viele Städte könnten solche Lasten aber gar nicht ertragen und deshalb sollte er (Redner) es für besser, den §. 28 ganz abzulehnen.

Die Abgg. Frhr. v. Hagle, Graf Schwerin, v. Hennig treten diesen Ausführungen entgegen, da die großen Städte, wenn sie auch durch diese Bestimmung höher belastet würden, andererseits diese Lasten auch eher zu tragen im Stande seien, als die Landgemeinden und die kleineren Städte.

Abg. Grumbrecht stellt den positiven Antrag auf Streichung des §. 28 der geradezu eine Ungerechtigkeit in der Belastung der Städte sanktioniere.

Bundeskommissar v. Puttkammer erklärt, daß der Bundesrath auf die Beibehaltung oder Streichung des §. 28 keinen Werth lege und es daher dem Hause anheimgebe, nach Belieben zu beschließen.

Nachdem noch Abg. v. Söcker sich für Beibehaltung dieses Paragraphen ausgesprochen, wird die

Diskussion geschlossen und bei der Abstimmung §. 21 diskussion erklärt sich der Abg. v. Einsiedel entgegen, mit sehr großer Majorität angenommen. — §. 29 bedingt gegen die Einsetzung einer Bundes-Centralbehörde; stimmt, daß die Erstattung der erwachsenen Kosten durch er sich hierin eine Ueberwälzung der Bundeskompetenz, stützt einen Unterstützungs-Wohnstättens hat und durch den die Kosten der Unterstüßten keine Kosten der Unterstüßten geltenden Grundätzen, ohne dabei die allgemeinen Verwaltungskosten der Armen-Anstalten in Ansatz gebracht werden dürfen. Auch diesen Paragraphen entspringt sich eine längere Diskussion, nach welcher derselbe auf den Antrag der Abgg. Proff und v. Unruhe-Bomst dahin abgeändert wird, daß der Land-Armenverband auch dann zur Erstattung der Kosten verpflichtet sein soll, wenn der Unterstüßte in Hilfsbedürftigen Zustände aus einer Kranken-, Bewahrs- oder Heilanstalt entlassen worden und zwar derjenige Land-Armenverband, aus welchem seine Einlieferung in die Anstalt erfolgt ist. In Betreff der Höhe der Kosten soll für solche bei der öffentlichen Unterstützung häufiger vorkommenden Aufwendungen, deren tägliche oder wöchentliche Betrag sich im Vorausquantum feststellen läßt, in jedem Bundesstaate, entweder für das ganze Staatsgebiet gleichmäßig oder bezirksweise verschieden, ein Tarif aufgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden, dessen Sätze die Erstattungsfordern nicht übersteigen darf. — Die §§. 30—32 werden ebenfalls angenommen; desgleichen die §§. 33—34, welche von dem Verfahren in Streitigkeiten der Armenverbände handeln, mit einigen unwesentlichen Änderungen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung morgen Vormittag 10 Uhr.

47. Sitzung vom 17. Mai.

Der Vice-Präsident Herzog v. Ujest eröffnet die Sitzung um 10 1/4 Uhr.

Mehrere Urlaubsgesuche werden bewilligt. Am Tische des Bundesraths Staatsminister Delbrück, General-Postdirektor Stephan und einige Bundes-Kommissare.

Von dem Abg. Stumm ist nachstehende Interpellation überreicht worden: „An den Bundeskanzler richte ich die Anfrage: 1. hat derselbe von den neuen, das Tarifwesen betreffenden Maßnahmen der Rgl. Eisenbahn-Direktion zu Saarbrücken, welche den Kleinverkehr wie die Industrie des Saarlandes in gleichem Maße schädigen, Kenntnis erhalten? 2. Beabsichtigt der Bundeskanzler, sich gegenüber der im Widerspruch mit dem Inhalte des Art. 45 der Bundesverfassung stehenden Haltung der Königlich preussischen Staats-Eisenbahn-Verwaltung der verletzten Interessen der Industrie und Landwirtschaft anzunehmen?“

Nach ausführlicher Begründung der Interpellation beantwortet Präsident Delbrück die erste Frage mit „Ja“. In Betreff der zweiten Frage bemerkt er, daß der Art. 45 der Bundesverfassung insofern hier nicht zutrafte, als die Einführung des Einpennnigtarifs nur bei großen Entfernungen stattfinden sollte. Was dagegen die Bestimmung wegen der Gleichmäßigkeit in der Herabsetzung des Tarifs betreffe, so sei das Bundeskanzleramt bereits im Begriff, mit dem preussischen Handelsministerium deshalb in Unterhandlung zu treten. — Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Gegenstand derselben: Wahlprüfung wird durch Genehmigung der Wahl des Abg. Oppenhoff ohne jede Debatte erledigt, desgleichen genehmigt das Haus ohne Widerspruch in der dritten Beratung die Postverträge mit England und den Verein. Staaten von Nordamerika und geht darauf zum letzten Gegenstand der Tagesordnung, Fortsetzung der zweiten Beratung über den Gesetzentwurf, den Unterstützungswohnsitz betreffend, über.

Die Beratung beginnt mit dem §. 35. Derselbe lautet: „Jeder Armenverband ist berechtigt, seine Ansprüche gegen einen anderen Armenverband auf dem durch dieses Gesetz bezeichneten Wege selbstständig und unmittelbar vor den zur Entscheidung, sowie zur Vollstreckung derselben berufenen Behörden zu verfolgen.“ Der Paragraph wird nach kurzer Debatte in dieser Fassung angenommen.

Die §§. 36—54 handeln von der Entscheidung und der Ausführung derselben über die Unterstützungs-pflicht in streitigen Fällen. Die Kommission ist mit den verbündeten Regierungen darüber einverstanden gewesen, daß in erster Instanz die Landesgesetzgebung zu entscheiden habe. Im weiteren Verlauf des Verfahrens soll die Entscheidung nach den Beschlüssen der Kommission, jedoch der Landesgesetzgebung entgegen, einem ausschließlich für diesen Zweck zu begründenden, in Berlin seinen Sitz habenden Bundesamt für das Heimatwesen überwiesen werden, während die Regierungsvorlage als oberste Instanz den Ausschuss des Bundesraths für das Heimatwesen bezeichnet.

In der sich über diese §§. erhebenden General-

diskussion erklärt sich der Abg. v. Einsiedel entgegen, mit sehr großer Majorität angenommen. — §. 29 bedingt gegen die Einsetzung einer Bundes-Centralbehörde; stimmt, daß die Erstattung der erwachsenen Kosten durch er sich hierin eine Ueberwälzung der Bundeskompetenz, stützt einen Unterstützungs-Wohnstättens hat und durch den die Kosten der Unterstüßten keine Kosten der Unterstüßten geltenden Grundätzen, ohne dabei die allgemeinen Verwaltungskosten der Armen-Anstalten in Ansatz gebracht werden dürfen. Auch diesen Paragraphen entspringt sich eine längere Diskussion, nach welcher derselbe auf den Antrag der Abgg. Proff und v. Unruhe-Bomst dahin abgeändert wird, daß der Land-Armenverband auch dann zur Erstattung der Kosten verpflichtet sein soll, wenn der Unterstüßte in Hilfsbedürftigen Zustände aus einer Kranken-, Bewahrs- oder Heilanstalt entlassen worden und zwar derjenige Land-Armenverband, aus welchem seine Einlieferung in die Anstalt erfolgt ist. In Betreff der Höhe der Kosten soll für solche bei der öffentlichen Unterstützung häufiger vorkommenden Aufwendungen, deren tägliche oder wöchentliche Betrag sich im Vorausquantum feststellen läßt, in jedem Bundesstaate, entweder für das ganze Staatsgebiet gleichmäßig oder bezirksweise verschieden, ein Tarif aufgestellt und öffentlich bekannt gemacht werden, dessen Sätze die Erstattungsfordern nicht übersteigen darf. — Die §§. 30—32 werden ebenfalls angenommen; desgleichen die §§. 33—34, welche von dem Verfahren in Streitigkeiten der Armenverbände handeln, mit einigen unwesentlichen Änderungen.

Abg. Lasler tritt dem Vorredner in den Nothwendigkeiten entgegen, erklärt sich aber ebenfalls gegen die Beschlüsse der Kommission. Man habe mit denselben den Rechtsweg abgeschnitten und eine Art Verwaltungsgerichtshof eingesetzt, der jedoch einem solchen, wie er mit Rechtsgarantien umgeben sein müßte, kaum ähnlich sei. Er beantragt daher die Wiederherstellung des §. 73 des Gesetzes in der Regierungs-Vorlage, in welchem eine richterliche Entscheidung vorbehalten ist. Er beantragt ferner, daß alle Streitigkeiten derselben nach Maßgabe dieses Gesetzes im Rechtsweg verfolgt werden und der Oberhandelsgerichtshof die oberste Instanz bilden soll. Man dürfe sich über diesen Antrag nicht wundern, da er und seine Freunde bei der Verhandlung über diesen Gerichts-hof offen erklärt hätten, daß es ihre Ansicht sei, dieses Gericht nach und nach zu einem Bundes-Obergericht sich entwickeln zu lassen. Schließe man diesen Gerichtshof aus, so werde man die Streitigkeiten in einem ungeheuren Maße vermehren.

Abg. Stephany vertritt den Standpunkt der Kommission, daß die Einsetzung eines solchen Bundesamts, wie es ihm hier vorgeschlagen werde, der Verfassung widerspreche, sei ihm unerfindlich. Selbst der Bundesrath habe die Verfassungsmäßigkeit nicht einmal in Zweifel gezogen, sondern sich in völliger Uebereinstimmung mit den Ansichten der Kommission befunden. Was die Nothwendigkeit der Einsetzung eines solchen Bundesamts anlangt, so besteht dieselbe einfach darin, daß es sich hier nicht um Privatstreitigkeiten, sondern um Streitigkeiten des öffentlichen Rechts handelt, was der Abg. Lasler gar nicht beachten zu haben scheint. Er bittet daher, sich den Kommissionsbeschlüssen mit dem Antrage Miquel anzuschließen und dafür zu sorgen, daß die Entscheidung solcher Streitigkeiten nicht den gewöhnlichen Gerichten unterstellt werde.

Abg. Miquel hält die Annahme der Kommissionsvorschlages seitens der verbündeten Regierungen für zweifelhaft und dadurch das Zustandekommen des Gesetzes in Frage gestellt, weshalb er seine Vermittelungsanträge stellt. Was die von dem Abg. Lasler gegen die Errichtung eines solchen Verwaltungsgerichtshofes erhobene Einwendungen betrifft, so seien dieselben ganz hinfällig. Die Entwicklung der ganzen Rechtsverhältnisse dränge naturgemäß dahin, zu dem alten deutschen Rechtssystem zurückzukehren. Eine Materie, wie die vorliegende, könne nicht ausschließlich von einem Richterkollegium entschieden werden; für diese müsse eine Behörde geschaffen werden, die mit den vorerwähnten Fragen mehr vertraut sei. Er wolle jedoch nicht weiter gehen, als vorläufig zu erlangen sei, und deshalb könne er die Kommissionsvorschlages nicht empfehlen.

Präsident Delbrück: Ich habe Sie zunächst zu bitten, die Vorschläge der Kommission abzulehnen. Die Frage wegen der Einsetzung eines Bundesamts hat in den verschiedenen Stadien sehr eingehende und gründliche Erörterungen im Bundesrath erfahren. Es ist dabei aber die Ueberzeugung gewonnen worden, daß die Einsetzung eines Bundesamts nicht zu acceptiren ist und kann ich mich nur dahin aussprechen, daß das Zustandekommen des Gesetzes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößen würde, wenn die Kommissionsvorschlages angenommen werden. Was dagegen den Antrag Miquel betrifft, so kann ich meinerseits mich dahin erklären, daß, wenn sich der Reichstag für denselben entscheiden sollte, es an Bemühungen für die Annahme desselben im Bundesrath nicht fehlen wird.

Nachdem noch der Abg. Demichien im Interesse des Zustandekommens dieses so wichtigen Gesetzes sich ebenfalls für den Miquel'schen Antrag ausgesprochen, wird die Generaldiskussion geschlossen.

(Schluß folgt.)

## Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Sr. Majestät der König bestellen heute die Befähigung der 1. Garde-Infanterie-Brigade in Potsdam des schlechten Wetters wegen ab, nahmen die Vorträge des Polizei-Präsidenten und des Generals v. Tressow entgegen, und empfingen später den General v. Manneuffel und den Ober-Kammerer Grafen Redern.

— Sr. K. H. der Kronprinz lehrte heute Mittag von Karlsbad aus zurück, verließ bei Großbeeren den Zug und begab sich nach Potsdam.

— Während des Nothstandes in Finnland und Estland sind bekanntlich auch aus Deutschland reichliche Liebesgaben für die Nothleidenden gesendet worden, die meist bei der Redaktion der „Neuen Evan-

gelisten Kirchenzeitung“ zusammenfloßen und von derselben an die Stätten der Noth befördert wurden. Sr. Maj. der Kaiser von Rußland hat dafür dem Herausgeber jener Zeitung, dem Professor Dr. Meßner in Berlin den Stanislausorden 2. Kl. verliehen. Derselbe ehrende Auszeichnung ist dem Herausgeber des „Evangelischen Sonntagsblattes“ in Stuttgart zu Theil geworden.

— Der norddeutsche Geschäftsträger in Mexiko, v. Schölzer, hat sich, nachdem hier seine Aufgabe mit der Genehmigung des Handelsvertrages erledigt war, nach Rom begeben.

— Graf Blomard ist noch nicht hier eingetroffen und ist über die Zeit seiner Rückkehr hier noch nichts Bestimmtes bekannt. Die Berichte aus Barzin lauten dahin, daß die eingetretene bessere Witterung auf das Befinden des Grafen einen sehr guten Einfluß geübt und daß man von derselben eine schnellere weitere Kräftigung seines Gesundheitszustandes, worum es sich bloß noch handelt, erwartet. Die alarmistischen Nachrichten über das Befinden des Grafen, die sich in einzelnen Blättern vorfinden, sind demnach als vollständig unbegründet zu bezeichnen.

— Die „R. Z.“ meldet: Nachrichten aus Bern zufolge sind die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten wegen der Gotthardbahn in Aussicht genommen; auch wird auf Beiträge von Belgien und Holland nach dem Vorgange der rheinischen Eisenbahn-Gesellschaften gehofft. In der Schweiz wird das Gelingen des Unternehmens nicht mehr bezweifelt.

— Im vorigen Jahre hatten bekanntlich die beiden mecklenburgischen Regierungen beim Zoll-Bundesrathe Anträge wegen Nachlasses an der Nachsteuer gestellt. Dieselben wurden aber nicht erledigt und insbesondere die Beschlußfassung über den die Behandlung der Manufakturwaaren betreffenden speziellen Antrag, mit Rücksicht auf zunächst notwendige Ermittlungen, ausgesetzt. Diese weiteren Ermittlungen haben stattgefunden und die vertheiligten Ausschüsse beantragen mit 6 gegen 4 Stimmen, daß von dem Ausfalle an Nachsteuer in Mecklenburg, welcher durch die Gewährung eines Rabatts von 40 Prozent an der Nachsteuer für Manufakturwaaren entstanden ist, die Summe von 20,000 Thlr. auf Rechnung des Zollvereins zu übernehmen sei.

— Die General-Versammlung des Allgemeinen deutschen Frauenvereins wird der „Deutschen Allgem. Ztg.“ zufolge Anfang Oktober in Nordhausen abgehalten werden, wofür der Verein durch eine besondere Adresse eingeladen ist.

— Bei den Staats-Eisenbahnen steht verschiedenen Blättern zufolge eine umfangreiche Dislocation von Beamten bevor, indem sechzig derselben aus den neuen preussischen Provinzen in die alten Lande und vice versa aus diesen eben so viele an die Bahnen der neuen Provinzen versetzt werden sollen. Gleichzeitig soll eine allgemeine Gehaltsaufbesserung für die niedrigeren Beamtenkategorien der königlichen Bahnen in Aussicht genommen sein.

— Gestern starb nach mehrmonatlicher Krankheit Herr Frhr. Jacobs, Chef der wohlbekannten und altrenommirten hiesigen Firma Louis Jacobs, und Inhaber der großen Delfabrik in Charlottenburg. Der Verstorbene war eine in weiten Kreisen bekannte Persönlichkeit und erfreute sich allgemeiner und hoher Achtung. Die Firma selbst bleibt, wie wir hören, unverändert bestehen.

## Ausland.

Paris, 16. Mai. Das „Journal officiel“ erklärt die von mehreren Journalen verbreitete Nachricht, die Regierung beabsichtige wegen der durch einige Regimenter am 8. Mai abgegebenen Bolen einen Wechsel der Garnisonen vorzunehmen, für durchaus unbegründet. — Verschiedene Abendzeitungen bezeichnen den Fürsten Latour d'Auvergne, andere wieder den Marquis von Banneville als Nachfolger Gramont's auf dem Vize-Königthum in Wien.

Florenz, 16. Mai. Die „Amtszeitung“ meldet: Die in der Präfektur Grosseto (Toscana) befindliche Bande wurde von den Truppen eernirt und brachte die Waffen. Die ganze 41 Mann starke Bande wurde gefangen genommen. In Calabrien herrscht vollkommene Ruhe.

Washington, 16. Mai. Das Finanz-Komitee des Repräsentantenhauses beschloß über die Bill, betreffend die Verminderung der Einnahmen aus den inländischen Steuern um 30 Millionen, an das Repräsentantenhaus Bericht zu erstatten. Die Bill befreit die Eisenbahnen von der bis jetzt auf ihre Brutto-Einnahmen gelegten Steuern.

## Pommern.

Stettin, 18. Mai. Die gestrige Stadt-verordneten-Sitzung wurde vom Vorsitzenden, Herrn Sannier, mit der Mittheilung eröffnet, daß er zur Vornahme einer Badekur genöthigt sei, einen sechs-wöchentlichen Urlaub zu nehmen und daß er hiervon auch dem Magistrat Anzeige machen werde. — Die



fache Beschwerden gegen die Bestimmungen des bisher gültigen Leichenreglements vom Jahre 1806, welches die Beerdigung in vielfacher Hinsicht zu einem Gegenstande der Besteuerung für kirchliche Zwecke macht, veranlaßte die Königl. Regierung, dem Magistrat gegenüber selbst auf die Vornahme einer Revision des Reglements und der dazu gehörigen Taxe zu dringen, in Folge dessen bekanntlich Anfangs 1868 unter den städtischen Behörden die Grundzüge eines neuen Reglements nebst 4 verschiedenen Taxen verabschiedet und unterm 13. Juni 1868 der Königl. Regierung zur Bestätigung eingereicht wurden. Der Erfolg, welchen man sich von jenen Vereinbarungen versprochen, ist nach der nunmehr eingegangenen Antwort indessen ein ganz unerwartet ungünstiger gewesen. Die Regierung erklärt nämlich, daß der neue Entwurf sowie die dazu gehörigen Taxen in der vorliegenden Form zur Bestätigung durchaus nicht geeignet seien. Insbesondere hebt der Bescheid hervor, daß die Kirchengebühren für Grabstellen, ebenso die Stolgebühren, „ohne vollständige Entschädigung“ der bisher zu deren Empfang Berechtigten, nicht aufgehoben werden können. Nach einem 10jährigen Durchschnitt setzen in den verschiedenen Pfarochien jährlich für Grabstellen etwa 1000 und an Stolgebühren etwa 2000 Thlr. ausgenommen; die Ablösung dieser Beträge sei Sache der Stadtgemeinde und möge man erwägen, ob die Ablösungsumme etwa durch Zuschläge zur Kommunalsteuer aufzubringen sei. Der Magistrat wird nun aufgefordert, sich darüber zu äußern, wie er die Angelegenheit zu ordnen gedachte, in Folge dessen derselbe beschloß: 1) eine Entschädigung zur Ablösung der vorerwähnten Leichengebühren aus Kommunalmitteln nicht zu gewähren; 2) durch ein Reglement die Benutzung der Stadt gehörigen Friedhöfe zu regeln; 3) das Recht, aus §. 9 des Reglements vom Jahre 1806 zu verlangen, daß das Publikum sich bei Beerdigungen nur der vorhandenen städtischen Apparate bedienen, mit Ablauf des jezt mit dem betreffenden Unternehmer bestehenden Kontrakts aufzugeben und die Bestellung der Apparate der freien Konkurrenz zu überlassen; 4) die Zahl der Leichen-Kommissionen zu vermehren; 5) rüchständige Leichengebühren im Verwaltungswege fernerhin zwingende nicht mehr einzulassen und endlich 6) die Verhandlungen wegen Aufhebung des Instituts der Schawärze wieder aufzunehmen. Der Referent, Herr Loffius, glaubt die pure Annahme dieser Beschlüsse aus voller Ueberzeugung empfehlen zu können. Herr Dr. Wolff erklärt sich mit den Beschlüssen vollkommen einverstanden, meint indessen, daß, da die von der Regierung gegebene Antwort mit auf der Entscheidung des Herrn Kultusministers basiert, ein Rekurs an diesen also voraussetzlich ohne allen Erfolg bleiben würde, es sich empfehlen dürfte, von dem Einzelminister an das Gesamt-Staatsministerium zu appellieren. Letzteres müßte, wie er glaube, wohl einsehen, daß das Beharren bei den jeztigen Einrichtungen so wenig im Interesse der Gemeinde als der Kirche liege; ein günstiger Erfolg von der Appellation sei mithin wohl zu hoffen. Er stelle daher den Vorschlag, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, in Erwägung zu ziehen, ob sich eine derartige Appellation nicht auch nach seiner Ansicht empfehle. Herr Dr. Zachariae ist mit dem Referenten einverstanden und verspricht sich den wesentlichsten Erfolg davon, wenn der Magistrat bei seinem Beschlusse wegen Nichterhebung von Kirchengebühren durch Exekution beharre. Im Uebrigen ist Redner aber der Ansicht, daß man den vorgeschriebenen Inanspruchnahme nicht inne halten würde, wenn man dem Vorschlage des Herrn Vorredners Folge gäbe. Dieser Vorschlag sei verfehlt und man müsse zunächst an den Herrn Oberpräsidenten rekurren. Herr Bürgermeister Sternberg: Ein Reglement, welches nur bestimmt war, die Art und Weise der Benutzung der Kirchhöfe formell zu regeln, hätte der Magistrat ohne Weiteres erlassen können; ein solches hätte der Bestätigung der Aufsichtsbehörde überhaupt nicht bedurft. Man habe sich wegen der Bestätigung des neuen Reglements lediglich deshalb an die Staatsbehörden gewandt, um durch dieselbe zu erreichen, was sonst nicht erreichbar gewesen wäre, nämlich die gleichzeitige Ordnung von Verhältnissen der Kirchen und kirchlichen Behörden. Der jeztige Bescheid sei im Auftrage des Herrn Kultusministers und des evangelischen Oberkirchenrathes ergangen und müsse er ausdrücklich darauf hinweisen, wie es in der ganzen preussischen Monarchie Verfassungs- und Verwaltungsgrundgesetz sei, daß das Staatsministerium keine besondere Rekurs-Instanz bilde; eine Appellation an dasselbe würde also nur den Erfolg haben, daß dieselbe dem Rekursminister überwiesen werde. Uebrigens gehe auch er von der Ansicht aus, daß die Verweigerung der administrativen Exekution zur Einziehung kirchlicher Gebühren, in nicht zu langer Zeit die besten Früchte tragen werde. Durch die Abstimmung erklärte sich die Versammlung mit den 6 Beschlüssen des Magistrats durchweg einverstanden, lehnte dagegen den Zusatzantrag des Herrn Dr. Wolff ab.

Der Magistrat fordert zur Abhaltung von Sonntagsgottesdienst mit 14tägigem Zwischenraum und zweimöthlicher Abendmahlsfeier im Jahre, im städtischen Siechenhause (durch den Prediger Pfundheller) die Bewilligung eines Honorars von pro anno 100 Thlr. (inkl. 40 Thlr. Fuhrlofen) und empfiehlt die Finanz-Kommission die Genehmigung dieser Forderung. Herr Dr. Wasserfuhr kann ein Bedürfnis zur Abhaltung eines besonderen Gottesdienstes im Siechenhause, welches überhaupt zur Aufnahme von nur 76 Personen eingerichtet ist, jezt aber erst 22 Insassen zählt, umsoweniger anerkennen, als sich unter den Kranken gewiß nur wenige be-

fänden, die außer Stande wären, wegen Gebrechlichkeit eine benachbarte Kirche zu besuchen. Aber auch selbst bei Anerkennung des Bedürfnisses zur Abhaltung eines besonderen Gottesdienstes müßte er sich gegen jede Kostenbewilligung aussprechen, indem die Sorge für letzteren keinesfalls Aufgabe der Kommune sei. Seiner Ansicht nach ließe es geradezu das Prinzip der Gerechtigkeit verletzen, wenn man aus den Steuern, welche die den verschiedenen Konfessionen angehörenden Einwohner der Stadt zahlen, für eine besondere Konfession Ausgaben mache. Es sei vielmehr lediglich Sache der Kirche, dem etwaigen Bedürfnis des besonderen Gottesdienstes Rechnung zu tragen. Herr Weyher: Die religiöse Erbauung im Siechenhause sei, mindestens zur Zeit, noch entbehrlich kein Bedürfnis. Erwachte man von anderer Seite ein solches dennoch als bestehend, so gäbe es ja viele sehr schöne Predigtbücher und gewiß fände sich auch Jemand, der den Kranken im Siechenhause — unter welchen sich übrigens mehrere Geistesschwache befänden, denen das Begriffsvermögen doch abgehe — aus solchen Büchern etwas vorlese. Herr Bürgermeister Sternberg: Es sei ja vollständig richtig, daß es die Aufgabe der religiösen Genossenschaften sei, für ihre Zwecke zu sorgen. Anders aber liege die Sache hier; es handle sich im vorliegenden Falle nicht um die Unterhaltung eines Kirchensystems, die Gemeinde stehe zum Siechenhause vielmehr ganz in dem Verhältnisse, wie ein Familienvater zu seiner Familie. Hier sei nur von einem Hausgottesdienste in einer städtischen Anstalt die Rede und da frage es sich denn doch, ob das Haupt der Familie nicht verpflichtet sei, für diesen Zweck eine Ausgabe zu machen. Herr Reimarus bemerkt, daß wenn für die Anstalt wirklich Mittel disponibel wären, man dieselben dem physischen Wohle der Insassen zuwenden möge. Außer Zweifel stehe übrigens, daß, wenn die geforderten 100 Thlr. erst bewilligt seien, bald auch noch für andere ähnliche Zwecke Forderungen geltend gemacht werden würden. Nachdem schließlich auch noch Herr Dr. Zachariae gegen die Bewilligung gesprochen, wurde die Magistrats-Vorlage abgelehnt.

Seitens des Magistrats ist ein Antrag des Hrn. Mahlow wegen Verlegung des vor seinem Hause gr. Laßstraße Nr. 81 bestehenden Wasserflosses abgelehnt und wendet sich derselbe nun mit seiner Beschwerde an die Versammlung. Die Beschwerde faßt namentlich darauf, daß durch die Benutzung des Wasserflosses der Rechte vor dem Hause wesentlich beeinträchtigt wird und daß die Inhaberin eines Ladens, welcher dem Mahlow monatlich 10 Thlr. Miete einbringt, erklärt hat, wegen der ihr erwachsenden Geschäftsstörung denselben räumen zu wollen, wenn keine Abhilfe eintrete. Der Referent, Herr Höpfer, bestätigt aus Grund der von ihm vorgenommenen Vorbesichtigung, daß der geschädigte Uebelstand thatsächlich besteht und empfiehlt, dadurch Abhilfe zu schaffen, daß der Wasserfloss um die Ecke des Hauses herum nach der zur Kirche führenden Straße verlegt werde. Herr Stadtrath Voß widerspricht diesem Vorschlage, durch dessen Ausführung mindestens 50 Thlr. Kosten erwachsen würden. Herr Reimarus schlägt vor, die Beschwerde dem Magistrat zur Erwägung, ob die Verlegung des Wasserflosses nach dem Vorschlage des Referenten sich empfehle, oder ob dem vorhandenen Uebelstande durch Aufstellung eines zweiten Wasserflosses abzuwehren sei, zu überweisen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten angenommen, der des Herrn Reimarus dagegen abgelehnt.

Die Versammlung beschließt, daß der Stadt bezüglich des neuerdings für 6000 Thlr. verkauften Grundstücks Reimher Feld Nr. 23 zustehende Vorlaufsrecht nicht auszuüben, ferner erklärt sich dieselbe damit einverstanden, daß der Kaufmannschaft der alte Petrolumschuppen für die bisherige Miete von 6 Thlr. monatlich vom 1. April cr. ab auf 1 weiteres Jahr überlassen werde, bewilligt zur Ausführung verschiedener Reparaturen am Saltingre-Stiftsgebäude die veranschlagte Summe von 358 Thlr. 6 Sgr. und bekräftigt ihren in der letzten Sitzung gefaßten Beschluß auf Anfrage des Magistrats dahin, daß der Buchdruckereibesitzer v. Kibel für die Berechtigung zur Aufstellung von Anschlagtafeln im Ganzen nur eine Rekognition von 10 Sgr. zu zahlen habe. Endlich nimmt die Versammlung davon Kenntnis, daß in Folge eines bloßen Rekalkulationsfehlers die in voriger Sitzung bewilligte Nachtragssumme für das Stechen- und Absonderungs-haus um 260 Thlr. zu niedrig berechnet ist.

Durch Beschluß vom 25. Februar wurde der Magistrat ersucht, sich darüber zu äußern, in welcher Weise der Kunstverein in unserer Stadt zu bilden und ob dies vielleicht durch Bewilligung einer höheren Subvention an den Kunstverein für Pommern zu erreichen sei. In Gemäßheit dieses Beschlusses und aus Grund einer Aeußerung des Vorstandes des Kunstvereins über die von ihm angestrebten Zwecke schlägt der Magistrat nun vor, statt der bisherigen Subvention von jährlich 150 Thlr. pro anno in den Etat aufzunehmen. Herr Dr. Wolff empfiehlt pure Ablehnung des Vorschlages. So lange wir noch das elendeste Straßengpflaster und Schulhäuser hätten, die ein wahrer Schandmal des 19. Jahrhunderts seien und so lange wir geduldet wären, uns bei allen anderen kommunalen Einrichtungen der allgrößten Sparsamkeit zu befleißigen, könnten für Kunstzwecke keine Ausgaben aus dem Stadtsäckel gemacht werden. Der Referent, Herr Dr. Sievert, bittet dringend um die Bewilligung der erhobenen Subvention, da eine Kommune wie Stettin nicht nur die Verpflichtung habe, für Straßengpflaster und Schulhäuser, son-

deraus für die Hebung des Kunstsinnes zu sorgen. Er betont dabei besonders, daß die Subvention für das „preussische Museum“ fast ohne jeglichen Widerspruch bewilligt sei. Herr Dr. Wolff: Das Museum diene nicht nur der Belehrung für Schüler, wogegen er gla., daß die Bilder im Kunstverein doch nur von einem sehr geringen Bruchtheil der städtischen Bevölkerung angesehen würden. Die Aufstellung des Referentenpaß Stettin innerhalb seiner Mauern auch den Ruin zu heben verpflichtet sei, bestreite er. So lange wir noch in den allernothwendigsten Dingen als „Pietärer“ dastünden, hätten wir nicht das Recht, uns Genslemen zu geben und Kunst und Wissenschaft zu unterstützen. Herr Stadtschulrath Balsam wies darauf hin, daß, wenn in unseren städtischen Bibliotheken noch nicht Alles vollkommen, dies wohl entschuldar sei, da es selbst in dem großen preussischen Sta. nicht auf allen Gebieten Vollkommenheit gäbe. Stet. als Provinzial-Haupt- und Handelsstadt habe wohl die Verpflichtung, von ihrem Reichtum auch etwas für Kunst herzugeben und deshalb empfehle er d. Annahme der Magistratsvorlage. Herr Dr. Wasserfuhr: Es wäre wirklich bedauerlich, wenn eine Städtische Stettin so pauvre wäre, nicht einige Hundert Thlr. für Kunst hergeben zu können. Eine Ablehnung könne selbst auf den Bildungsgrad der Versammlung leicht ein nachtheiliges Licht werfen. Herr Groß empfiehlt die Bewilligung ebenfalls, ebenso Herr Zaker unter Hinweis darauf, daß es sich dabei nicht um einen jährlichen Zuschuß von 350 Thlr. handle und daß die Stadt bisher für ein rein „sinnliches Vergnügen“ (das Pferde-Rennen) eine jährliche Subvention von 60 Thlr. gezahlt habe. Herr Blesach ist ebenfalls für Bewilligung. Er wünscht bei solchen Indessen die Aufstellung der Bedingung, daß der Kunstverein verpflichtet werde, dem Publikum während der alle 2 Jahre stattfindenden Ausstellung an jedem Sonntag Nachmittag freien Eintritt zu gewähren, voraus Herr Georg Schults (welcher übrigens sein Eudamora darüber ausdrückt, daß ein so vielseitig gebildeter Mann wie Herr Dr. Wolff weniger Kunstsinne es er, Redner, der doch nur Handwerker sei, habe) erklärt, daß der Verein zur Erreichung seiner Zwecke auf das sehr erhabene Entz. dringend angewiesen sei. Herr Reimarus: Für die Bewilligung der Subvention habe er keinerlei Gründe, sondern nur Sympathien. Letztere theile er zwar auch, aber in städtischen Angelegenheiten werde er sich jeden Luxus verweigern, bis wir uns erst finanziell wohler als jezt befänden. Herr Dr. Wasserfuhr erwidert, daß die Beschaffung guter Gemälde zur Bereicherung des Publikums diene und keineswegs als Luxus zu betrachten sei. Die Abstimmung ergibt die fast einstimmige Annahme der Magistratsvorlage und Ablehnung des Blesachschen Zusatzantrages.

Nach dem Bescheide des Herrn Unterrichtsministers vom 6. d. M. hat derselbe den Antrag der Herren Vorsteher der Kaufmannschaft auf „Errichtung von Lehrstühlen der Handelswissenschaft an den Landes-Unterrichtsanstalten“ in Gemeinschaft mit dem Herrn Handelsminister in nähere Erwägung gezogen. Sie sind hierbei jedoch unter aller Würdigung der geltend gemachten Motive, besonders im Hinblick auf die geringe Frequenz der für den Handelsstand speziell bestimmten Fachlehranstalten, zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein hinreichender Anlaß, für die theoretische Ausbildung des Handelsstandes in der bemerkten Weise zu sorgen, gegenwärtig noch fehle und es daher nöthig sei, weitere Erfahrungen abzuwarten, um dem Antrage entsprechende Folge geben zu können. Der Herr Minister verspricht, daß er den Gegenstand, dessen Bedeutung für die kaufmännische Welt er nicht verkennen, weiter im Auge behalten werde.

Die Leiche des am 14. d. M. verstorbenen Herrn Regierungsrathen Looz wurde gestern auf dem Friedhofe vor dem Königsthor zur Ruhe beigesetzt. In dem zahlreichen Leichengefolge befanden sich außer dem Herrn Oberpräsidenten die Mitglieder und Beamten der Regierung, die Spitzen der übrigen Civil- und Militärbehörden, der Herr Polizeipräsident u. Die Grabrede hielt Herr Konsistorialrath Dr. Carus.

Wie wir hören, hat jezt auch die Königl. Regierung die Ertheilung des von der Direktion der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft zur Erbauung eines Petroleum-Perrons auf dem hiesigen Central-Güterbahnhofe nachgesuchten Konsense aus feuerpolizeilichen Rücksichten abgelehnt.

In unseren Konfessions-Claffen wird auf die Obertribunals-Entscheidung hingewiesen, nach welcher Angehörige der evangelischen Kirche durch den erklärten Austritt aus derselben und durch ihren Beitritt zu einer vom Staate nur geduldeten Religionsgesellschaft von der Verpflichtung zu den Parochialtaxen ihrer bisherigen Kirche nicht frei werden. Diese Entscheidung des Obertribunals findet in den Gründen derselben auf alle Parochialtaxen Anwendung.

Heute Abend um 10 Uhr findet auf circa 3 Stunden wegen Verbindung des Wasserleitungsrohrs zwischen der Mühlenstraße und der Kronenhofstraße eine Schließung der Wasserleitung nach Grünhof statt.

Wie verlautet, hat Herr Theater-Direktor Schürmer das Grundstück des früheren Theaters bei der Böse von Herrn Kolsch gekauft und wird dasselbst für den Winter ein Theater errichten.

Stralsund, 17. Mai. Für die bevorstehenden stattfindende Wahl eines Diacons an der hiesigen St. Nikolai-Kirche sind seitens des Raths die Herren Pastor Windemann aus Alt-Werder und Baltha-

far aus Sparke in Pommern zur Wahl präsentirt worden.

Colberg, 16. Mai. Ein erschütternder Vorfall hat sich hier zugetragen. Gestern Abend gegen 11 Uhr erschoss sich in seiner Wohnung auf der Mündung der Premier-Lieutenant der Artillerie, v. Francois. Die Motive zu dieser That sind noch nicht vollständig bekannt, indessen verlautet, daß v. F. jezt zuvor mit dem Wirth des alten Gesellschaftshauses auf der Mündung einen Streit gehabt haben soll.

Bermischtes.  
— Vom Lord Byron wird folgende Anekdote erzählt: Er bemühte sich um eine anerkannte Schönheit, und es gelang ihm, das Herz seiner Madonna zu rühren, aber — nach dem Glüd eines einzigen Tages war der Dichter des Don Juan gesättigt und ließ sich nicht wieder sehen. Die verlassene Ariadne beschloß sich zu rächen und schrieb einen Roman, in dessen Helden Jedermann leicht den Lord Byron erkennen konnte. Daß er nicht mit jenen Plaisirsüchtigen gezeichnet war, kann man sich denken. Frau von Staël las das Buch und verschickte nicht dem Dichter zu sagen: „Ich habe soeben ein Buch von einer Englischen Dame gelesen, und ich muß sagen, das Contrefait, das darin von Ihnen gegeben wird, ist durchaus nicht geschmeichelt.“ — „Baronin“, antwortete Byron, „mein Porträt wäre jedenfalls besser gefallen, wenn ich mehr als eine Sitzung gestaltet hätte.“

Viehmarkt.  
Stettin, 18. Mai. (Fettviehbericht von Schütt u. Ahrens.) Die Zutritte von Vieh in Emdenburg waren in dieser Woche nur mäßig groß, während in Glasgow mehr als je in dieser Saison angeboten wurde und zwar über 2000 Stück Rindvieh, worunter eine große Anzahl wirklich Prima-Qualität. Das Geschäft war durchgängig sehr schwach, da das Quantum außer allem Verhältniß zum Bedarf war. Die schottischen Hammel-Märkte bleiben stetig, obgleich der Londoner Markt während dieser Woche bedeutend niedriger war; beste Qualitäten erzielten bisherige Preise, während für mittlere Qualitäten bei schwerfälligem Verkauf etwas niedrigere Preise acceptirt werden mußten. Fremde Importe bedeutend und zwar 400 Schafe von Hamburg, 20 Stück spanisches und 110 Stück dänisches Rindvieh in Glasgow, 15 Stück Rindvieh und 180 Schafe von Dänemark, sowie 943 Schafe von Stettin in Emdenburg. Der endlich eingetretene Regen und wärmere Witterung laßt erwarten, daß die Märkte sich heben werden, da dies die englischen Wäster in den Stand setzt, ihr Vieh auf Weiden zum successesten Verkauf zu halten. In Folge der großen Verluste, welche die hiesigen Affluente durch die mit den Dampfmaschinen „Dresden“ und „Bismarck“ verloren gegangenen Schafe erlitten haben, verweigern sie fernere Versicherungen gegen Ueberbordspülen und Wersen zu nehmen. Wir sind hierdurch auf die Londoner und Hamburger Versicherungen-Gesellschaften angewiesen, welche indessen nur Versicherungen gegen alle Risiken, also einschließlich Sterblichkeit und Beinbruch zu ca. 5 pCt. übernehmen und sind bereits alle unsere letzten Transporte unter diesen Bedingungen - erachtet.

Preise. Rindvieh: beste 8 s 3 d pr. 14 Pfd. engl. (Parität 136 Thlr. pr. 7 Ctr. Fleischgewicht frei Stettin), courante 8 s (131 Thlr.), Secunda 7 s 6 d bis 7 s 9 d (121-126 Thlr.), geringe 6 s 9 d bis 7 s (106 bis 111 Thlr.). Hammel: beste 9 s, d pr. Pfund engl. (Parität 117 Thlr. pr. 45 Pfund Fleischgewicht frei Stettin), courante 8 s 1/2 - 8 s 1/4 (98 - 101 Thaler), Secunda 6 s 1/2 - 7 d (71 1/2 - 74 Thlr.).

Kollbericht.  
Breslau, 15. Mai. Bei sehr stillem Geschäftsgange wurden in der abgelaufenen Woche mehrere hundert Centner, bestehend in schlesischen Schur- und Werberwollen, polnischen Einschnuren und gewaschenen Kolonialwollen, zu sehr gedrückten Preisen verkauft. Käufer waren Fabrikanten aus Colberg, Sagan und anderen Pfortorten, sowie Händler aus Oesterreich. Die unsichere Geschäftslage macht unsere Speculanten sehr vorsichtig bei Abschlüssen auf die nächste Schur, nur da, wo die entsprechende Rücksichtnahme auf die gegenwärtigen Verhältnisse seitens der Produzenten sich zeigt, lassen sich die Käufer zu Transaktionen herbei.

Börsen-Berichte.  
Stettin, 18. Mai. Wetter schön. Temperatur + 17° R. Wind W.  
Weizen wenig verändert, per 2125 Pfd. loco gelber inf. geringer 60-63 R., besserer 64-66 R., feinsten 67-68 R., 83-85 Pfd. gelber per Frühjahr 67 1/2 R. bez., per Mai-Juni 67 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., per Juni-Juli 68, 1/2 R. bez., per Juli-August 68 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., Sept.-Oktober 68 1/2, 1/2 R. bez.  
Roggen Termine ruhig, loco schwer veräußlich, per 2000 Pfd. loco 82 Pfd. 49 R., 80-81 Pfd. 48-48 1/2 R., per Frühjahr 48 1/2, 1/2 R. bez., 48 1/2, 1/2 R. u. Br., Mai-Juni 48 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., Juni-Juli 48 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., Juli-August 48 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., August 49 1/2 R. bez., September-Oktober 48 1/2, 1/2 R. bez. u. Br.  
Gerste still, per 1750 Pfd. loco pomm. 37-39 R., Märter 38-40 R., schef. 40-41 R.  
Hafer unbedändert, per 1300 Pfd loco 26 1/2, bis 28 R., 47- bis 50 Pfd per Frühjahr u. Mai-Juni 28, 27 1/2 R. bez., Juni-Juli 28 R. bez.  
Erbsen still, per 2250 Pfd loco Futter- 45-49 R., Koch- 50 R., Frühjahr Futter- 52 1/2, 52 R. bez., Mai-Juni 51 1/2 R. bez.  
Rübsen fester, loco 14 1/2 R. B., per Mai 14 1/2, 1/2 R. bez., Mai-Juni 14 1/2, 1/2 R. bez., September-Oktober 13, 13 1/2, 1/2 R. bez., Br. u. Br.  
Petroleum loco 7 1/2 R. bez., Septbr.-Oktober 7 1/2, 1/2 R. bez., Novbr.-Debr. 7 1/2 R. bez.  
Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 15 1/2, 1/2 R. bez., kurze Lieferung ohne Faß 16, per Frühjahr 15 1/2, 1/2 R. Br. u. Br., Mai-Juni 15 1/2, 1/2 R. bez. u. Br., Juni-Juli 16 R. Br. u. Br., Juli-August 16 1/2, 1/2 R. Br., 16 1/2, 1/2 R. Br., August-Septbr. 16 1/2, 1/2 R. Br., 1/2, 1/2 R. Br., 100 Bispel Weizen, 200 Bispel Hafer, 100 Bispel Erbsen, 100 Ctr. Rübsen.  
Regulirungs-Preise: Weizen 67 1/2, Roggen 48 1/2, Hafer 27 1/2, Erbsen 52 1/2, Rübsen 14 1/2, Spiritus 15 1/2, 1/2 R.

Randmarkt.  
Weizen 63-70 R., Roggen 48-50 R., Ger e 37-41 R., Hafer 27-30 R., Erbsen 47-51 R., Get 20-25 R. pr. Centner, Stroh per Schock 6-8 R., Kartoffeln 12-15 R.



Colberg im Jahre 1807.

(Fortsetzung folgt.)

Struener's Tage 30.



Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzugeben daß ich  
Sonntag, den 22. Mai c.,

**Brunnen-Trinkanstalt**  
in den Anlagen vor dem Rönigsthor eröfnet werden.  
Es können verabreicht werden:  
Carlsbader Brunnen  
Emser Kessel-Brunnen } warm  
Adelheidsquelle, Driburger, Egerer, Franzens-  
und Salzquelle, Emser Krähnen, Homburger,  
Kissinger Rakoczi, Marienbader Kreuzbrunnen,  
Spaer, Pyrmont, Vichy Grande Grille,  
Wildunger, Schlesischer Obersalzbrunnen,  
Friedrichshaller Bitterwasser, Püllnaer, Said-  
schützer, Pfach kohlensaures Magnesiawasser,  
Pyrophosphorsaures Eisenwasser, Selters-  
und Sodawasser  
im Abonnement für eine wöchentliche Kur, wie Flaschen-  
und Becherweise.  
Anmeldungen werden erbeten  
**Dr. Otto Schür,**  
Louisenstraße 8, im Comtoir.

## Tapeten

in neuesten Mustern zu den billigsten  
Preisen empfiehlt

**Otto Dittmer,**  
Rohmarkt 12/13, 1 Treppe hoch.  
**Gausbesitzer**  
erhalten 10 pCt. Rabatt.  
**Auf Abzahlung.**  
Engl. Velour-Teppiche,  
Tischdecken u. Rouleaux

## Wollene Matten

### Steppdecken

von 17½ Fr. per Stuch an empfing wieder  
**A. Mai,** Aschgebergerstraße 3.

## Zwirnhandschuhe

für Damen und Kinder, empfiehlt von  
3 Fr. das Paar an  
**M. Friedberg,**  
Langebrückstraße 8.

## DACHPAPPE

### Asphalt etc.,

empfehlen in bekannter Güte  
Die Fabrik von  
**L. Haurwitz & Co.,**  
Comtoir: Frauenstraße 11-12.

## Gewöhnliche und Blend-Mauersteine, Dachsteine,

bester Qualität, jedes Quantum, frei Baustelle oder Stein-  
hof, billigst.  
**Julius Saalfeld,**  
Louisenstr. 20.

## W. Steinbrink.

Uhrmacher u. Mechaniker.

## Näh- maschinen.

Singer,  
Wheler Wilson,  
Grover & Baker,  
Handmaschinen u. s. w.  
unter persönlicher Garantie.

Mönchenstr. 27.

## Lungenleiden. Schwächezustände.

Kurative Heilung dieser Krankheiten nach Prof.  
**D. Sampson's** Methode mittelst der schon v. **A. v.**  
**Humboldt** in **f. Rosmos** empf. **Coca**, deren  
wunderbare Heilkräfte stets alle Süd-Amerika-Reise  
begeisterter. **Dr. Sampson** erzielt nach gründlichst.  
Studien mit **f. Coca-Pillen I.** die glänzendsten  
Resultate bei Brustleiden, selbst in vorgeschr. Stadien  
(mit **f. Coca-Pillen II.** bei den hartnäckigsten Unter-  
leibsstörungen) und mit seinen **Coca-Pillen III.**  
die anfallschweren Kräftigungen bei geschwächten Geschlechts-  
nervensystem. Näheres **f. Broschüre gratis** b. d.  
Möhren-Apothek in Mainz frei.



## Oberhenden, von haltbaren Chiffon und Leinen, mit den neuesten französisch ge- stühten u. Traver-Einsätzen.

Dieselben zeichnen sich, da ich an die Fabrikation dieses Artikels  
die größte Aufmerksamkeit verwende und seit vielen Jahren darin geübt  
Rähterinnen habe, durch

## tadelloses Sizer und dauer- hafte Arbeit aus.

Herren-Nachthemden von Leinen, Chiffon und Dowlas,  
Chemisettes, Einsätze, Kragen, Manchetten und  
Taschentücher etc. etc. von den nur besten Stoffen  
gefertigt,

## zu erstaunlich billigen Preisen.

Außerdem mache auf das größte Lager von

## Damen-Negligés

als Hemden, Jacken, Beinkleider,  
Friseur-Mäntel, Steppröcke, Corsets  
u. s. w., sowie auf

## Kinder-Wäsche

ganz besonders aufmerksam.

Leinwand in allen Breiten, Tisch-  
Bett- und Handtücherzeuge, Bett- und  
Steppdecken

empfehle in den nur reellsten Fabrikaten zu den niedrigsten Fa-  
brikpreisen.

**E. Aren, Breitestr. 33,**

## Für Restaurateure.

Billige Tischmesser und Gabeln, Löffel, Streichfeuerzeuge, Theebretter  
empfehlen

**Moll & Hügel.**

## Wollsäcke

in bester Qualität, 10 Pfd. schwer  
pr. 2 Ctr. Inhalt,

beste Wollackleinen,  
Wollpläne und Mapspläne,  
Getreide- und Mehlsäcke

empfehlen

**E. Aren, Breitestr. 33.**

## H. Schneider,

Mönchenstraße 12, am Rosmarkt, empfiehlt

Möbel eigener Fabrik in großer Auswahl,

Spiegel mit Gold- und Holzrahmen in allen Größen,

Sophas in guter Polsterung mit starken Plüsch- u. Damastbezügen

bei reeller und dauerhafter Arbeit unter Garantie zu den allerbilligsten Preisen.

Rußbaum-Garnituren um damit zu räumen für den Einkaufspreis.

Fertige runde Hüte (neueste Formen) von 25 Fr.  
an, Bardenhüte in Eil, Krepp, Seide, Stroß, von  
1 Fr. 20 Fr. an, Kinderhüte von 15 Fr. an, wie  
eleganter Hüte in jeder Branche empfiehlt

**Auguste Knepel,**

gr. Bollweberstraße 53.

## Grabdenkmäler

in großer Auswahl

empfehlen

**W. Färber,**

große Laßalle, Zachariasgasse 6a.

Klagen, Eingaben u. s. w. werden gefertigt Elisabethstr.  
5 B., 2 Treppen, Ecke der Bergstraße. **Wendt.**

## Dienst- und Beschäftigungs-Gesuche.

Ein gebildetes Mädchen aus achtbarer Familie sucht  
eine Stellung zur Unterstützung der Hausfrau oder selbst-  
ständigen Führung der Wirtschaft. Näheres in der  
Expedition dieses Blattes unter **A. Z. 11.**

## Tivoli-Volks-Theater.

Mittwoch, den 18. Mai.

Die alte Schachtel. Lustspiel in 1 Akt von G. zu Putlitz.  
Der Weiberfeind in 1 Akt von R. Benedix. Der Kur-  
mäler und die Picarde. Genrebild in 1 Akt von L.  
Schneider.

Donnerstag, den 19. Mai.

## Schwarzer Peter.

Lustspiel in 1 Akt von G. zu Putlitz.

## Pas de Bouquet.

französisches Solo, getanzt von Fr. Weens.

## Männertreue, oder: So sind sie Alle.

Lustspiel in 1 Akt von Lebrun.

## Der Kurmäler und die Picarde.

Genrebild in 1 Akt von L. Schneider.

## Pas de trois, Steilischer Nationaltanz.

getanzt von Fr. Mary, Fr. Weens und Herrn Richards.

## Stettiner Sommer-Theater.

(Grünhof-Bränerel. Mühlenstraße).

Mittwoch, den 18. Mai.

Reiß bei mir. Komisches Piederpiel in 1 Akt von  
Conradi. Recept gegen Schwiegermütter. Lustspiel in  
1 Akt. Ein Don Juan aus Familienrücksichten. Schwanf  
mit Gefang in 1 Akt von R. Gahn.

## Bellevue-Theater.

Mittwoch, den 18. Mai.

Bribibi. Schwanf in 1 Akt. Das bemooste Haupt  
oder: Der lange Israel. Lebensbild mit Gefang in 4  
Akten.

Donnerstag, den 19. Mai 1870.

## Donna Diana.

Lustspiel in 3 Akten von A. West.

## Personen:

Donna Diana, Erbprinzessin, Fr. Schmechel-Carlberg.  
Donna Laura, Fr. Reide.  
Donna Feiße, Fr. M. v. Nigens.  
Don Cesar, Prinz von Urgel, Herr Hint.  
Don Luis, Prinz von Bearne, Herr Schröder.  
Don Gaston, Graf von Holz, Herr Gerner.  
Berin, Sekretär u. Vertreter Herr Klog.  
Floretta, Kammermädchen, Fr. Rauen.

## Flotte Bursche.

Komische Operette in 1 Aufzuge von J. Braun. Musik  
von Fr. von Suppé.

## Variété-Theater.

Mittwoch, den 18. Mai.

Das goldene Kreuz. Lustspiel in 2 Akten. Maske für  
Maske. Lustspiel in 1 Akt. Drei Paar Stiefel. Schwanf  
in 1 Akt.

Donnerstag, den 19. Mai.

## Nichte und Tante.

Lustspiel in 1 Aufzuge von Gerner.

## Siehe auf:

L'ecole, getanzt von Fräulein Alice de la Croix.

## Der grade Weg ist der beste.

Lustspiel in einem Aufzuge von A. von Koberne.

## Pas russe, getanzt von Fräulein Alice de la Croix.

## Zum Schluss:

## Drei Paar Stiefel.

Schwanf in einem Aufzuge von Felix Gasse.

## Elysium-Theater.

Mittwoch, den 18. Mai.

Das Nachtlager von Granada. Oper in 2 Akten von  
Kreutzer. Unter dem Siegel der Verschwiegenheit. Scherz  
in 1 Akt von F. D. Berg.

## Abgang und Ankunft

der

## Posten:

### Abgang.

Karlsruhe nach Pommernsdorf 4 u. 5 M. früh.  
Karlsruhe nach Grabow und Zülchow (Pölig) 4 u. früh.  
I. Karlsruhe nach Grünhof 4 u. 15 M. früh.  
I. Botenpost nach Neu-Tornet 5 u. 30 M. früh.  
II. Karlsruhe nach Grünhof 10 u. 45 M. früh.  
I. Botenpost nach Grabow 11 u. 25 M. Vorm.  
I. Botenpost nach Pommernsdorf 11 u. 25 M. Vorm.  
II. " " Neu-Tornet 12 u. " M. Nachm.  
I. Botenpost nach Grünhof 12 u. 30 M. Nachm.  
Personenpost nach Pölig 6 u. " M. Nachm.  
II. Botenpost nach Grünhof 5 u. 35 M. Nachm.  
III. " " Neu-Tornet 5 u. 50 M. Nachm.  
II. " " Pommernsdorf 5 u. 55 M. Nachm.  
II. Botenpost nach Grabow u. Zülchow 6 u. 30 M. Nachm.

### Ankunft.

I. Karlsruhe von Grünhof 5 u. 10 M. fr.  
II. Karlsruhe 11 u. 40 M. Vorm.  
Karlsruhe von Pommernsdorf 5 u. 20 M. früh.  
I. Botenpost von Neu-Tornet 5 u. 25 M. früh.  
Karlsruhe aus Zülchow und Grabow 5 u. 35 fr.  
Personenpost aus Pölig 10 u. Vorm.  
Botenpost aus Zülchow u. Grabow 11 u. 20 M. Vorm.  
I. Botenpost von Pommernsdorf 11 u. 30 M. Vorm.  
II. " " Neu-Tornet 11 u. 25 M. Vorm.  
Botenpost von Grünhof 4 u. 45 M. u. 7 u. 5 M. Nachm.  
III. " " Neu-Tornet 5 u. 45 M. Nachm.  
II. Botenpost von Pommernsdorf 5 u. 50 M. Nachm.  
Botenpost aus Zülchow u. Grabow (Pölig) 7 u. 30 M. Nachm.